



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Bauunterhalt für Hochschulgebäude auskömmlich finanzieren
(Kap. 15 02 Tit. 519 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 15 02 wird der Ansatz im Tit. 519 02 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) für das Jahr 2026 von 8.852,6 Tsd. Euro um 25.000,0 Tsd. Euro auf 33.852,6 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 15 02 wird der Ansatz im Tit. 519 02 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) für das Jahr 2027 von 8.852,6 Tsd. Euro um 25.000,0 Tsd. Euro auf 33.852,6 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die bayerischen Hochschulen sind in einem maroden Zustand: Undichte Hörsäle, Gebäude, die aus Sicherheitsgründen nicht mehr betreten werden dürfen, chemikalienbelastete Bauten, in denen Schwangere und Stillende aufgrund möglicher Gesundheitsgefährdungen nicht mehr tätig sein dürfen – die Liste der Mängel ist lang. Dabei sind die Mittel, die die Staatsregierung im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 dafür bereitstellt, trotz der zusätzlichen Mittel aus dem Infrastrukturvermögen des Bundes nach wie vor nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Universität Bayern e. V., der Verbund der bayerischen Universitäten, sprach bereits im Jahr 2023 von einem Gesamtbedarf von rund 15 Mrd. Euro für Sanierung und energetische Ertüchtigung. Unter diesen Umständen wird es Jahrzehnte dauern, den angefallenen Sanierungsstau abzubauen.

Ein Grund für den schlechten Zustand vieler Gebäude sind auch die in der Vergangenheit stets viel zu niedrig angesetzten Mittel für den Bauunterhalt der Hochschulbauten. Dabei ist klar: Wird am Bauunterhalt gespart und die Infrastruktur somit einem schleichenden Verschleiß ausgesetzt, schafft man perspektivisch noch wesentlich höhere Kosten, die irgendwann für aufwendige Generalsanierungen nötig werden. Die Aufstockung der Mittel zum Bauunterhalt ist daher dringend notwendig, um nicht nur aktuell die Nutzungsfähigkeit der Gebäude zu erhalten, sondern auch, um einem weiteren Anstieg des jetzt schon immensen Sanierungsstaus vorzubeugen.